



Empfehlung der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen (EKK) vom 16. Januar 2019 betreffend Volksinitiative "Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz": Konsumenten erwarten einen Gegenentwurf

Gestützt auf Artikel 9 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1990 über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG) und Artikel 1 des Reglements der EKK vom 1. Februar 1966 unterbreitet die EKK dem Bundesrat folgende

EMPFEHLUNG

Hintergrund

Die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz legen zunehmend Wert auf eine nachhaltige Herstellung der Lebensmittel. Dies bezeugt die stetig steigende Nachfrage nach Label-Produkten. Gleichzeitig sind die Konsumenten nicht ohne Weiteres bereit, beträchtliche Preiserhöhungen für Lebensmittel in Kauf zu nehmen, ausser für einen ausgewiesenen Mehrwert (wie z.B. für Bio- und FairTrade-Produkte). So waren die befürchteten höheren Preise der Hauptgrund für das Nein zur Fair-Food-Initiative.

Bei der „Trinkwasser-Initiative“, die voraussichtlich in einem Jahr an die Urne kommt, können sich die Konsumentinnen und Konsumenten erneut zur Lebensmittelproduktion in der Schweiz äussern. Die Initiative kam ohne Unterstützung einer Partei zustande, was darauf deuten lässt, dass sie wichtige Konsumenten-Anliegen aufnimmt. Wie berechtigt die Sorge vieler Konsumenten ist, zeigen folgende Beispiele:

- Schweizer Gewässer und Böden enthalten zu viel Stickstoff, was die Umwelt stark belastet. Ein beträchtlicher Teil der Stickstoffbelastung ist auf die intensive Landwirtschaft zurückzuführen.
- Die Wirksamkeit von Pflanzenschutzmitteln wird laufend verbessert. Gleichzeitig aber bleiben die Einsatzmengen hoch, über 2000 Tonnen pro Jahr. Damit besetzt die Schweiz hinsichtlich Pflanzenschutzmittelverbrauch europaweit den unrühmlichen Spitzenplatz. Diese Mittel belasten Böden, vergiften Insekten und Gewässer. Viele Konsumenten sorgen sich um ihre Gesundheit, wenn Gemüse und Obst Pestizidrückstände aufweisen.
- Das Ziel der Gewässerschutzverordnung, wonach das Grundwasser keine künstlichen, langlebigen Stoffe enthalten darf, wird an mehr als der Hälfte der Grundwasser-Messstellen nicht erreicht.
- Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist in den letzten Jahren fast zur Hälfte gesunken. Die nationale Strategie Antibiotikaresistenzen zeigt aber, dass die Herausforderungen bezüglich des Einsatzes von Antibiotika in der Massentierhaltung nicht gelöst sind. Die Einführung des neuen Registers wird die Transparenz des Antibiotika-Einsatzes vermutlich verbessern, jedoch nicht alle bestehenden Herausforderungen lösen.
- Der relativ hohe Fleischkonsum in der Schweiz wird heute durch Futtermittelimporte ermöglicht. Die Schweiz lagert damit einerseits Umweltschäden in andere Länder aus und muss andererseits mit einem Überschuss an Hofdünger im Inland zurechtkommen. Konsumenten hoffen, dass man sinnvolle Lösungen finden kann, um antagonistische Interessen gerecht zu werden.

Die Trinkwasser-Initiative bietet für diese Herausforderungen scheinbar einfache Lösungen, deren Umsetzung jedoch weitergehendere Umsetzungsmassnahmen voraussetzen würde. Es wird nicht für alle Landwirtschaftsbereiche möglich sein, dies so radikal umzusetzen. Es braucht deshalb eine differenzierte Lösung, welche die Interessen sowohl der Konsumenten als auch der Produzenten besser berücksichtigt. Die EKK erwartet deshalb einen vernünftigen Alternativvorschlag.

Empfehlung der EKK an den Bundesrat:

Der Bundesrat hat sich bedauerlicherweise gegen einen indirekten Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative ausgesprochen. Aus Sicht der EKK negiert er damit zum einen die berechtigten Sorgen der Schweizer Bevölkerung hinsichtlich Nachhaltigkeit, Umwelt- und Tierschutz. Zum anderen verunmöglicht der Bundesrat somit, eine praktikable Alternative vorzuschlagen.

Der Reformstau in der Schweizer Agrarpolitik hat ein Vakuum geschaffen, das Raum gleich für mehrere Volksinitiativen bietet. Neben der Trinkwasser-Initiative stehen auch die Pestizid- und die Massentierhaltungs-Initiative in der Pipeline. Auch vor diesem Hintergrund scheint es der EKK richtig, dem Volk mit einem Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative jetzt schon zeigen, dass sich der Bund diesen Themen annimmt. Eine alleinige Berücksichtigung dieser Konsumenten Anliegen im Rahmen des neuen Agrarpaketes erachtet die EKK weder als ausreichend noch als zielführend.

Sollte sich im Rahmen der parlamentarischen Debatte ein Gegenentwurf herauskristallisieren, empfiehlt die EKK dem Bundesrat, diesen wenn der Inhalt es rechtfertigt zu unterstützen.

Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen (EKK)